

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0197/2022 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Photovoltaik-Zubau in kommunalen Schutzzonen deblockieren (08.11.2022)

Die Regierung wird beauftragt, eine Vorlage zur Anpassung der kantonalen Rechtsgrundlagen auszuarbeiten, damit künftig für die Erstellung von Photovoltaik (PV)-Anlagen innerhalb kommunaler Schutzzonen, insbesondere innerhalb der Ortsbildschutzzonen, statt Baubewilligungs- nur noch Meldeverfahren nötig sind. Zur Unterstützung der Gemeinden ist ein entsprechender Leitfaden bereitzustellen.

Begründung 08.11.2022: schriftlich.

Für die FDP-Fraktion sind der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Deblockierung der Verfahren entscheidend, um die klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Deswegen soll kantonal der Weg geebnet werden, dass der Zubau von PV-Anlagen innerhalb der kommunalen Schutzzonen, insbesondere der Ortsbildschutzzone, im Meldeverfahren möglich ist. Die Umsetzung soll in Anlehnung an das Raumplanungsgesetz (RPG) und die Raumplanungsverordnung (RPV) erfolgen, namentlich an die Bestimmungen in Art. 18a RPG und Art. 32a RPV. Mit der Meldepflicht können die Verfahren beschleunigt und die Prozesseffizienz hergestellt werden. Das Potenzial der Dächer in den Ortsbildschutzzonen kann zur Energiegewinnung ausgeschöpft werden.

In den Gemeinden haben die Baugesuche für PV-Anlagen in Schutzzonen und auf Schutzobjekten zugenommen. Damit wachsen die Anforderungen an die kommunalen Behörden, welche die Gesuche behandeln. Betreffen PV-Anlagen weder national noch kantonal geschützte Objekte oder Ortsbilder, fällen die Gemeinden den Bauentscheid autonom. In der Praxis tun sich viele Gemeinden in der Umsetzung schwer. Teils verhindern bestehende kommunale Zonenreglemente die Erstellung von PV-Anlagen innerhalb der Ortsbildschutzzonen. Vermehrt gelangen aber auch Baugesuche zur Beurteilung an die Fachstelle Heimatschutz des Kantons, obwohl die Gemeinden darüber abschliessend entscheiden könnten. Diese Entwicklung bestätigt auch Sacha Peter, Leiter des Amtes für Raumplanung (ARP). Das Vorgehen führt zu Verzögerung im Baubewilligungsprozess und zu Unsicherheiten in der Planung.

Eine gute Integration der Solaranlagen ins Ortsbild bleibt ein wichtiges Anliegen. Gleichzeitig soll deshalb mit dem Auftrag ein Leitfaden erarbeitet werden, der die Gemeinden in der Umsetzung unterstützt und Sicherheit schafft. Unter den Gesichtspunkten der Praxisnähe und der Akzeptanz soll die Erarbeitung in Zusammenarbeit mit dem ARP und dem Verband der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) erfolgen.

Unterschriften: 1. Manuela Misteli, 2. Martin Flury, 3. Martin Rufer, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Beat Späti, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Mark Winkler (20)